

Antrag an die Landesmitgliederversammlung

Haushaltsplanung 2014/15 Haushalt sanieren – Schwerpunkte setzen

„Denn es bleibt noch viel zu tun. Die finanzielle Situation in Bremen und Bremerhaven ist dramatisch. Wir sind gezwungen, äußerst sparsam hauszuhalten, und haben uns verpflichtet, den vereinbarten Konsolidierungsweg zum Abbau der Neuverschuldung Jahr für Jahr einzuhalten. Politische Schwerpunkte können wir nur setzen, wenn wir an anderen Stellen einsparen. Unser Schwerpunkt ist die Zukunft der Kinder und jungen Menschen. Neben dem Ausbau der Kinderbetreuung und der Schulreform stehen die Anstrengungen zur Chancengleichheit unserer Kinder durch gute Ausbildung weiterhin im Zentrum der rotgrünen Koalition.“

Dieser Auszug aus dem Koalitionsvertrag 2011 beschreibt den Weg, den kluge und solidarische Finanzpolitik in Bremen gehen will und muss. In den beiden Jahren 2011 und 2012 hat die rot-grüne Koalition das Ziel erreicht, das Finanzierungsdefizit deutlich zu senken und damit den Sanierungspfad, der vertraglich mit dem Stabilitätsrat vereinbart ist, einzuhalten. Die ersten Raten der Konsolidierungshilfen sind bereits überwiesen worden, da die Obergrenzen der Finanzierungssalden für die beiden Jahre in Bremen und Bremerhaven eingehalten wurden.

Auch für das Haushaltsjahr 2013 können wir bis heute davon ausgehen, dass der von der Bürgerschaft beschlossene Rahmen ohne die Notwendigkeit eines Nachtragshaushaltes eingehalten werden kann. Damit sind wir einen weiteren Schritt auf dem schwierigen Abbaupfad, der uns durch die Schuldenbremse im Grundgesetz vorgegeben ist, gegangen. Finanzpolitisch waren die ersten Jahre der 2. Legislaturperiode der rotgrünen Koalition damit erfolgreich.

Der Haushalt ist transparenter geworden. Im Zuwendungsbericht kann jeder nachlesen, welche Unterstützung aus den Ressorts in den Ortsteilen geleistet worden sind. Der doppische Geschäftsbericht, der zum zweiten Mal vorgelegt wurde, beschreibt den Ressourcenverbrauch und garantiert, dass die eingegangenen Verpflichtungen im Blick behalten werden. Die Zahlen des Haushaltes selber sind als Teil von Open Data für jede/n einsehbar.

Es liegt aber noch ein weiter Weg vor uns allen: Bis 2020 müssen jährlich 125 Mio. € weniger ausgegeben bzw. mehr eingenommen werden. Da die Steuereinnahmen deutlich gewachsen und gleichzeitig die Zinskosten nicht so stark wie erwartet gestiegen sind, bedeutet das gegenwärtig für den Haushalt, dass die Gesamtausgaben ungefähr gleich bleiben können.

Da allerdings die Kosten für Personal und Versorgung, für Energie und soziale Unterstützung weiter ansteigen und wir im Rahmen von politischen Schwerpunkten mehr für Kita-Ausbau und Ganztagsbetreuung, für Inklusion und Klimaschutz ausgeben wollen, müssen Einsparungen an anderer Stelle beschlossen werden. Wir sind auch aufgefordert, die Investitionen weiter zurückzufahren, da im Vergleich mit anderen Stadtstaaten in Bremen die Investitionsausgaben immer noch hoch sind. Die Investitionen, die maßnahmenbezogen beschlossen werden, müssen darum hohe Anforderungen an die Wirtschaftlichkeit erfüllen. Die notwendige Unterstützung der öffentlichen Krankenhäuser wird die zukünftigen Haushalte zusätzlich schwer belasten.

Die Verteilungskämpfe der Ressorts untereinander nehmen zu. In der aktuellen Haushaltsvorbereitung ist jetzt schon absehbar, dass viele angemeldete Projekte nicht oder noch nicht umgesetzt werden können.

Mit der angekündigten Klage gegen den Länderfinanzausgleich entsolidarisieren sich die Länder Bayern und Hessen. Der Länderfinanzausgleich ist bis Ende 2019 gesetzlich

geregelt. Für die nächste Zeit sind konstruktive Neuverhandlungen im Rahmen einer neuen Föderalismusreform aller Länder notwendig.

Die Landesmitgliederversammlung von Bündnis 90/Die Grünen, LV Bremen, beschließt vor diesem Hintergrund:

1.) Die Bremer Grünen sind davon überzeugt, dass alle Anstrengungen unternommen werden müssen, den mit dem Stabilitätsrat vereinbarten Sanierungspfad einzuhalten, damit Bremen im Jahr 2020 ohne neue Schulden auskommen kann und somit die Vorgaben der Schuldenbremse einhält.

2.) Wir begrüßen, dass in den Jahren 2011 und 2012 die haushaltspolitischen Ziele der Koalition erreicht und damit die Konsolidierungshilfen für die beiden Jahre in Höhe von 600 Mio. EUR gesichert wurden.

3.) Wir wissen, dass die weitere Einhaltung des Sanierungspfades und die damit notwendigen Entscheidungen zu kontroversen Diskussionen bei den Bürgerinnen und Bürgern, aber auch in der grünen Partei vor Ort führen werden. Wir stellen uns diesen Auseinandersetzungen.

4.) Es ist richtig, wie schon in den Haushalten 2012/13 auch im nächsten Doppelhaushalt Schwerpunkte für Bildung und Ausbildung, Kindertagesbetreuung und Inklusion zu setzen.

5.) Wir teilen das Vorgehen, bei der bürgernahen Verwaltung weniger Personal einzusparen als in der Kernverwaltung. Das Ziel, durch weitere Verwaltungsmodernisierung effizientere Strukturen zu schaffen, unterstützen wir ausdrücklich.

6.) Wir wehren uns gegen ungerechte Steuersenkungen und unterstützen den Senat bei seinen Vorstößen im Bundesrat, hohe Einkommen und große Vermögen im stärkeren Maße zur Finanzierung von öffentlichen Aufgaben heranzuziehen.

7.) Wir werden uns den Angriffen aus Bayern und Hessen gegen den bis 2020 geltenden Finanzausgleich entgegenstellen. Wir werden dabei offensiv vortragen, dass der aktuelle Finanzausgleich die Stadtstaaten benachteiligt, indem er die besonderen Belastungen insbesondere durch Sozialleistungen nicht berücksichtigt und bei der Steuerverteilung die in Bremen geleistete Wertschöpfung ignoriert. Wir sehen dabei die Notwendigkeit die Verhandlungen für die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen in eine Föderalismusreform III einzubinden.

8.) Wir erwarten, dass vor dem Hintergrund des ab 2020 geltenden Neuverschuldungsverbots ein Altschuldenfond für die Schulden der Länder geschaffen wird, der sich aus den Einnahmen des Soli finanzieren soll, die durch die rückläufige Förderung der ostdeutschen Länder freierwerden.

Antragsteller:
Karoline Linnert
Dietmar Strehl
Landesvorstand